



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

The RESIST Project: Ergebnisse der Schweizer Fallstudie



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Lucerne University of Applied Sciences and Arts

HOCHSCHULE
LUZERN



**Funded by
the European Union**

Funded by the European Union under Project ID 101060749 .

EU Horizon Europe (EU partners); UK Government Horizon Europe Guarantee Scheme (UK partner); Swiss State Secretariat for Education, Research and Innovation (Swiss partners)

Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or British and Swiss funding authorities. Neither the European Union nor the granting authorities can be held responsible for them.

Ergebnisse der Schweizer Fallstudie	2
Ergebnisse der Untersuchung des Schweizer Parlaments	2
Einleitung	2
Ergebnisse der Schweizer Medienanalyse	9
Ergebnisse des Schweizer Kontroverse-Mappings	15
Schweizer Kontroverse 1: Die Gruppierung Junge Tat stört «Drag Story Time»-Veranstaltung für Kinder in Zürich	15
Schweizer Kontroverse 2: Proteste gegen umstrittene Anti-Trans-Gespräche an der UNIGE	18

Ergebnisse der Schweizer Fallstudie

Ergebnisse der Untersuchung des Schweizer Parlaments

Einleitung

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass der in dieser Fallstudie untersuchte Zeitraum von 2018 bis 2022 durch mehrere wichtige Gesetzesänderungen im Bereich der Geschlechtergleichstellung in der Schweiz gekennzeichnet ist. Im **Dezember 2018** wurde die Rassismustrafnorm um ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (Artikel 261bis) erweitert, nachdem ein fakultatives Referendum eine Volksabstimmung im Jahr 2020 verlangt hatte. Im **Dezember 2020** genehmigten Bundesrat und Parlament die Öffnung der Zivilehe und des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare. Nachdem auch hier ein fakultatives Referendum eine Volksabstimmung im Jahr 2021 verlangte, stimmte das Schweizer Stimmvolk mit grosser Mehrheit (64,1 %) der Änderung zu. Seit **Januar 2021** können trans- und intergeschlechtliche Menschen ihr amtliches Geschlecht und ihren Vornamen schnell und ohne bürokratische Komplikationen ändern. Im **Dezember 2022** hat der Schweizer Bundesrat jedoch die Einführung einer Option für ein drittes Geschlecht oder eine geschlechtsneutrale Option für amtliche Eintragungen abgelehnt. In der Erklärung auf der Website der Regierung heisst es: «Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Einführung eines dritten Geschlechts oder für einen generellen Verzicht auf den Geschlechtseintrag im Personenstandsregister sind derzeit nicht gegeben. Eine Änderung des binären Geschlechtermodells wäre ausserdem mit zahlreichen Anpassungen der Verfassung und der Gesetze von Bund und Kantonen verbunden» (Portal der Schweizer Regierung, 21.12.2022).

Politische Debatten im Zusammenhang mit diesen rechtlichen Änderungen haben daher in unseren Daten dominiert. Darüber hinaus berücksichtigt der Bericht eine Reihe weiterer relevanter Debatten, die sich auf Fragen des Geschlechts und der Sexualität konzentrieren

oder diese berühren. Wie bereits erwähnt, stammen die meisten Vorstösse und Redebeiträge, die sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die sexuellen Minderheiten aussprechen oder diese kritisieren, von Parlamentsmitgliedern der SVP (66 %), gefolgt von der Partei die Mitte (26 %) und der EDU (8 %). Die in den Schweizer Parlamentsdebatten identifizierten thematischen Cluster zeigen, dass die Mehrheit der Auseinandersetzungen um Gender und sexuelle Gleichberechtigung durch technokratische und legalistische Diskurse zustande kommen. Offen feindselige oder hetzerische schriftliche und mündliche Beiträge tauchen zwar auf, sind aber in der Minderheit. Dies zeigt, dass der Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen Orientierung nicht zwangsläufig in Form von emotional aufgeladenen und ausgeprägten ideologischen Diskursen erfolgen muss. Die wichtigsten Ergebnisse der parlamentarischen Datenanalyse (Korpus von 2018 bis 2023) sind die folgenden:

- **Das Verständnis des Geschlechts als biologische Kategorie ist ein ständiger Bezugspunkt in den Debatten.** Besonders deutlich wurde dies, wenn sich Parlamentsmitglieder aus dem gesamten politischen Spektrum auf medizinische Erkenntnisse beriefen. Polemische Äusserungen, die sich auf die «Gender-Ideologie» beziehen, dienten häufig als Nebenbemerkungen in den Debatten und hatten zum Ziel, auf eine «unwissenschaftliche» Abkehr vom biologischen Geschlechts- und Sexualitätsverständnis hinzuweisen.

- **Medizinische, insbesondere psychiatrische und psychologische Diskurse sind nach wie vor ein zentraler Bezugspunkt für Diskussionen rund um Transrechte und werden sowohl von Befürworter*innen als auch von Gegner/innen von Transrechten herangezogen.** In den Debatten um die juristische Anerkennung des Geschlechts von trans Personen, um die Einführung der Geschlechtsidentität als geschützte Rechtskategorie oder um die Schaffung eines administrativen dritten Geschlechts werden Biologie und «medizinische Fakten» als legitime Grundlage für Rechtsprechung und bürokratische Prozesse geltend gemacht, während sozialwissenschaftliche Erkenntnisse als «ideologisch», persönliche Gefühle oder «modische Ideen» als willkürlich und gefährlich für die «natürliche» Ordnung abgelehnt werden. Verena Herzog (Schweizerische Volkspartei) argumentierte zum Beispiel: «Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, muss sich die Änderung des Geschlechts so weit wie möglich an den biologischen und medizinischen Fakten und Realitäten orientieren. Um Beliebigkeit und Bürokratie zu verhindern, darf eine Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister nicht nur gemäss dem persönlichen Empfinden erfolgen» (18.3696, 15.06.2018).

- **Legalistische und bürokratische Argumente sind ein wichtiges Mittel, um sich LGBTIQ+-Rechten und -Politik entgegenzustellen.** So wurde beispielsweise die Schaffung von zwei auf LGBTIQ+-Politiken spezialisierte Verwaltungsstellen auf Bundesebene als teuer bezeichnet. Darüber hinaus rahmte die Befürchtung eines möglichen Systemmissbrauchs die Debatte über die Vereinfachung des Verfahrens zur Änderung des eingetragenen Geschlechts. Einige Parlamentsmitglieder führen Szenarien eines möglichen

Systemmissbrauchs mit Blick auf das Rentenalter und den Wehrdienst an, wie zum Beispiel Philipp Mathias Bregy (Die Mitte): «Wir sind der Meinung, dass Missbrauch nicht ausgeschlossen ist. Und zwar, das wollen wir hier betonen, glauben wir nicht, dass es bei den wirklich Betroffenen zu Missbrauch kommt, sondern bei jenen, die diese Regelung nutzen, um sie eben zu missbrauchen» (19.081, 07.12.2020).

- **Die Figur des verletzlichen Kindes taucht in den Debatten des Schweizer Parlaments regelmässig auf und ist insbesondere mit dem Diskurs der Sexualisierung und der Förderung nicht-normativer geschlechtlicher und sexueller Identitäten verknüpft.** Obwohl sich das Schweizer Parlament nicht mit Fragen zu den Lehrplänen befasst, da dies in die Zuständigkeit der Kantone fällt, taucht das Thema Sexualerziehung im Zusammenhang mit öffentlich finanzierten nationalen Kampagnen zur sexuellen Gesundheit und Sexualerziehung vermehrt auf. Verena Herzog (Schweizerische Volkspartei) fordert die Regierung auf, sich für den Inhalt dieser von der Regierung finanzierten Kampagnen zu verantworten, die angeblich unangemessene und unmoralische sexuelle Praktiken und Verhaltensweisen bei Kindern fördern und nicht-normative Geschlechts- und sexuelle Identitäten bei Kindern bewerben.

- **Eine affirmative Gesundheitsversorgung für trans Personen und die Transitionsbegleitung von trans Menschen nach individuellen Bedürfnissen wird als Bedrohung für Minderjährige dargestellt. Dadurch wird die Figur des gefährdeten Kindes noch stärker in den Mittelpunkt gerückt.** Dieses Argumentationsschema wird von Parlamentsmitgliedern der Partei die Mitte und der SVP vertreten. Sie verweisen auf eine «exponentielle Zunahme» von Jugendlichen, die sich einer medizinischen Geschlechtsangleichung unterziehen. Es wird postuliert, dass junge Menschen von medizinischen Einrichtungen zu Eingriffen animiert würden, ungeachtet der vermeintlich «erwiesenen» Gefahren einer affirmativen Gesundheitsversorgung für minderjährige trans Menschen. Der Schweizer Regierung wird vorgeworfen, dass sie hinter anderen Ländern zurückbleibe, die auf die vermeintlichen «Gefahren» der affirmativen Transitionsbegleitung bereits mit Verboten und obligatorischer Psychotherapie anstelle einer Gesundheitsversorgung nach individuellen Bedürfnissen reagiert hätten. Es wird suggeriert, dass medizinische Einrichtungen und intellektuelle Kreise aktiv Transidentitäten und Transitionen bei jungen Menschen fördern würden. Durch selektive Verweise wird dabei ein «medizinischer Konsens» suggeriert, der diese Gefahr für Minderjährige beweisen soll, wie die folgende Interpellation von Benjamin Roduit (Die Mitte) illustriert:

«Angesichts der in den letzten Jahren stark steigenden Anzahl junger Patientinnen und Patienten und der negativen und irreversiblen Folgen der Behandlungen (Herz-Kreislauf-Krankheiten, Osteoporose, Unfruchtbarkeit, höheres Krebs- und Thromboserisiko) sind Länder wie England, Schweden und Finnland daran, ihre Richtlinien anzupassen. Selbst die «World Professional Association of Transgender

Health» (WPATH), die ebenfalls daran ist, ihre Empfehlungen zu überarbeiten, ruft zu Zurückhaltung auf.» (21.4506: 16.12.2021)

- Auch für die Rechtfertigung des Widerstands gegen den Zugang lesbischer Paare zu assistierten Reproduktionstechnologien (ART) werden Kinderrechte mobilisiert. Auf diskursiver Ebene wird versucht, einen inhärenten **Widerspruch zwischen den Rechten lesbischer Eltern und den Rechten ihrer Kinder** zu suggerieren. **Das Rechts eines Kindes**, seine Herkunft zu kennen, wird zum Recht eines Kindes auf Erziehung durch eine Frau und einen Mann abgewandelt. Dieses Argument legt nahe, dass, neben dem Geschlecht der Eltern, die (biologische) Abstammung für eine ideale Erziehung und das Wohlergehen der Kinder notwendig ist, wie dieses Beispiel illustriert:

«Sie sprechen immer von der Gleichberechtigung, und zwar nur von der Gleichberechtigung erwachsener, homosexueller Paare. Vergessen gehen aber immer die Schwächsten in unserer Gesellschaft, nämlich die Kinder, die sich weder wehren noch irgendetwas dazu sagen können. Wo bleiben in dieser Vorlage die Gleichberechtigung und vor allem die Rechte der Kinder auf Mutter und Vater?» (Martina Geissbühler, SVP, 13.468, 03.06.2020)

- **Eine Verbindung von Homosexualität und Pädophilie** (auch wenn die beiden Begriffe nicht explizit miteinander in Verbindung gebracht werden) wurde in verschiedenen Äusserungen von zwei Mitgliedern der Schweizerischen Volkspartei hergestellt. Diese Verbindung tauchte insbesondere im Rahmen der Debatten über die Ausweitung des Geltungsbereichs der Rassismusstrafnorm (Artikel 261bis) auf. Die Befürchtung, dass der Schutz vor homophoben Äusserungen unbeabsichtigt pädophilen Straftäter*innen Schutz bieten könnte, beruht auf der Annahme, dass der Geltungsbereich des Begriffs «sexuelle Orientierung» sehr weit gefasst werden könnte. Ein Parlamentsmitglied äusserte seine Bedenken hinsichtlich der Ausweitung der Rassismusstrafnorm wie folgt: «Und sind auch andere gesellschaftlich geächtete Sexualpraktiken wie Nekro- oder Zoophilie oder der Konsum von Pornografie im Sinne des neuen Tatbestandes zu qualifizieren?» (Barbara Steinemann, SVP, 19.5318). Ein anderer SVP-Politiker sieht das Szenario voraus, dass der Europäische Gerichtshof die Schweiz wegen der Verwirrung verurteilen würde, welche die Einführung des neuen Begriffs «sexuelle Orientierung» bei den Gerichten hervorrufen werde: «[les juridictions] doivent décider elles-mêmes si la pédophilie, la bisexualité, la gérontophilie, la nécrophilie, le fétichisme, la zoophilie, et j'en passe – la créativité humaine en la matière étant inépuisable –, sont des orientations sexuelles qui doivent être protégées ou qui ne doivent pas l'être. Nous allons au-devant de nouvelles condamnations en utilisant à nouveau des termes idéologiquement très tendance, mais aussi tendance qu'ils sont indéfinis» (Yves Nidegger, SVP, 13.407, 25.09.2018). Die Thematisierung von Homosexualität im Zusammenhang mit «gesellschaftlich geächteten Praktiken» trägt zur diskursiven Reproduktion der Homosexualität als «bedrohliche» oder «abweichende» Praxis bei.

- Eine kleine Anzahl von Vorstössen zielte zudem darauf ab, **pronatalistische Elemente** in die Debatte einzubringen. Sie wurden ausschliesslich von Mitgliedern der Schweizerischen Volkspartei eingebracht, haben jedoch keine weiterführenden Debatten anstossen können. Die Vorstösse verlangen, Frauen den Zugang zu assistierten Reproduktionstechnologien (18.4021, 28.09.2018) zu erleichtern und die Information über die medizinischen Risiken von Schwangerschaftsabbrüchen in der Beratung in den Vordergrund zu stellen (20.3301, 05.05.2020). Beides, um Geburten zu fördern.

- Der Widerstand gegen Gleichstellung wurde oft durch die Vorstellung getrieben, dass diese **«zu weit»** ginge. Hierbei wurde argumentiert, dass gleichstellungspolitische Forderungen zu einem Verlust der politischen Unterstützung führen würden oder der Bevölkerung nicht zugemutet werden könnten. Zudem wurden gleichstellungspolitische Forderungen als Belastung oder Gefahr für das Rechtssystem dargestellt. In Bezug auf eine mögliche Einführung der rechtlichen Kategorie der Geschlechtsidentität argumentiert Karl Vogler (Die Mitte) in diesem Sinne:

«Mit einer Ausweitung um den Begriff der Geschlechtsidentität droht der Totalabsturz der Vorlage, ein Totalabsturz, [...]. Die Bedenken – die übrigens deckungsgleich mit denjenigen des Bundesrates sind –, dass sich beim Kriterium des im schweizerischen Recht bisher unbekanntem Begriffs der Geschlechtsidentität Auslegungsprobleme ergeben können [...]» (13.407, 03.12.2018)

- Mit der Argumentation, dass die Gleichstellung zu weit geht und das System gefährdet, war auch die Vorstellung verbunden, dass **Gleichstellung ein von oben herab verordnetes, undemokratisches, «sozialistisches» Instrument sei**, das der Umgestaltung der Gesellschaft diene. Obwohl dieses Argument in den Debatten nicht im Mittelpunkt stand, wurde darauf zurückgegriffen:

«Dieses Lenkungs- und Steuerungsverständnis ist vom Grundgedanken her eine grosse Anmassung und völlig illiberal. Mein Demokratieverständnis ist ein anderes. Die Gesellschaft prägt, lenkt und legitimiert den Staat und nicht umgekehrt. Mit diesem Postulat werden gesellschaftspolitisch radikale Forderungen gestellt, und in fast sozialistischer Manier sollen diese Forderungen der Gesellschaft übergestülpt werden. So, wie wir vom Staat her vorsichtig sein sollten mit dem Einwirken auf die Sprache, dürfen wir das Recht nicht für gesellschaftspolitisch extreme Forderungen öffnen. Stattdessen sollten wir und der Bundesrat uns besser auf die rechtsstaatlichen Kernaufgaben konzentrieren – die Sicherheit, die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes – und den Hauptsorgen der Bevölkerung Rechnung tragen, wie den stetig steigenden Krankenkassenprämien oder der Sicherung der Sozialwerke. Dazu sollten wir konkrete Lösungen präsentieren.» (Verena Herzog, Schweizerische Volkspartei, 18.3690, 13.06.2019)

Bemerkenswert ist hier auch der Verweis auf «echte» materielle Probleme, um auf den vermeintlich überzogenen Charakter dessen hinzuweisen, was als symbolische/immaterielle Debatte dargestellt wird.

- Der **Widerstand gegen geschlechterinklusive Sprache**, der sich sowohl bei den deutsch- als auch bei den französischsprachigen Parlamentsmitgliedern als eine Arena der Mobilisierung erweist, ist ein solches Beispiel. Dies betrifft insbesondere die sprachliche Berücksichtigung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten: «Lesbarkeit und Verständlichkeit sind höher zu gewichten als Ideologie. Damit soll aber keineswegs die Feminisierung gewisser Wörter im Sinne einer Förderung von mehr Gleichstellung verhindert werden» (Benjamin Roduit, Die Mitte, 21.3143, 11.03.2021). Diese Fokussierung auf Sprache mit dem Verweis auf exzessive immaterielle/symbolische Debatten scheint eine Strategie zu sein, um die Bedeutung des Themas und der Akteur*innen, die für Geschlechtergerechtigkeit eintreten, zu schmälern. Im untersuchten Zeitraum gab es mehrere Versuche von Parlamentsmitgliedern, ein Verbot von geschlechtergerechter Sprache durchzusetzen, um die Ausbreitung der «Gender-Ideologie» in staatlichen Institutionen zu stoppen. Eine parlamentarische Initiative zielte etwa mit dem Argument, dass geschlechterinklusive Sprache Studierende verwirre, darauf ab, sie an den staatlich finanzierten Universitäten zu verbieten (22.475, 29.09.2022). Eine andere Motion versuchte, inklusive Sprache in offiziellen Dokumenten der Regierung zu verbieten (21.3143, 11.03.2021).
- Damit verbunden war der Gedanke, dass **öffentliche Einrichtungen politisch neutral bleiben müssen**. So wurde beispielsweise die Schweizerische Post von einem Nationalrat für die Herausgabe einer Briefmarke zur Feier der Annahme der gleichgeschlechtlichen Ehe durch das Stimmvolk kritisiert (22.7763, 21.09.2022).
- Eine intersektionale Untersuchung der Daten zeigte, dass **geschlechtsspezifische Ungleichheiten überproportional häufig mit muslimischen Minderheiten in Verbindung gebracht wurden und damit externalisiert und rassifiziert wurde**. Parlamentarier/innen der Schweizerischen Volkspartei und der Mitte assoziierten zum Beispiel muslimische Gemeinschaften in der Schweiz mit erhöhter häuslicher Gewalt. Nationalrät/innen der Schweizerischen Volkspartei und der Mitte versuchten zudem, eine Debatte über das Kopftuch bei Kindern anstossen (22.4559, 16.12.2022; 19.3049, 06.03.2019).
- Ein weiteres Thema, das im Zusammenhang mit Asylbewerber*innen vorgebracht wurde, war die Suggestion, dass Rechte in Zusammenhang mit Gleichstellung und Reproduktion im Kontext von Asylverfahren missbraucht werden könnten. So wurde asylsuchenden Frauen unterstellt, Schwangerschaft und Mutterschaft zu nutzen, um **das Asylverfahren zu manipulieren** (17.3930, 29.09.2017), oder auch, dass Asylbewerbende transitionieren könnten, um Asyl aufgrund ihrer Transidentität zu beantragen (18.4014, 28.09.2018). Beide Fragen wurden von derselben Parlamentarierin der Schweizerischen Volkspartei eingebracht

und konstruieren nicht nur Gleichstellung als Gefahr, sondern beziehen sich auch auf rassifizierte Stereotypen, die asylsuchende Menschen als Gefährder*innen darstellen.

Ergebnisse der Schweizer Medienanalyse

In einem zweiten Schritt wurde in der Schweizer Fallstudie die Verbreitung von Anti-Gender-Diskursen in Schweizer Printmedien für den Zeitraum von 2018 bis 2023 untersucht. Zu diesem Zweck wurden fünf Zeitungen ausgewählt, die ein breites politisches Spektrum abdecken. Für die deutschschweizerische Fallstudie wurden *Die Weltwoche* als rechtskonservatives Wochenmagazin, die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* als etablierte Mitte-Rechts-Tageszeitung und die *WOZ (Die Wochenzeitung)* als linke deutschschweizerische Wochenzeitung ausgewählt. Die französischsprachige Stichprobe (Romandie) umfasst *Le Temps*, eine nationale, an der politischen Mitte orientierten Tageszeitung, die in Lausanne und Genf erscheint, und *La Tribune de Genève*, eine regionale Tageszeitung, die als Mitte-Rechts-Zeitung gilt und der privaten Mediengruppe Tamedia gehört. Darüber hinaus wurden *20 Minuten* und *20 Minutes Romandie* berücksichtigt, eine auf Deutsch und Französisch erscheinende kostenlose Tageszeitung, die sich ausschliesslich über Werbung finanziert und überwiegend aus kurzen Artikeln besteht.

Die vergleichende Zeitungsanalyse, die 162 Artikel umfasste, führte zu den folgenden Erkenntnissen:

- Die deutschsprachige rechtskonservative *Weltwoche* weist die höchste Anzahl Artikel in unserer Stichprobe auf (fast 40 % des Korpus). Dies zeigt, dass im rechten Mediendiskurs der Deutschschweiz Themen zu allen verwendeten Suchbegriffen, namentlich «Gender-Ideologie», «Transgender» und «Woke», populär sind und einen bedeutenden Bereich der Berichterstattung ausmachen.
- Der Begriff «Gender-Ideologie» (in der jeweiligen deutschen und französischen Schreibweise, einschliesslich «*théorie du genre*») taucht in der ausgewählten deutschsprachigen Presse im Untersuchungszeitraum deutlich häufiger auf (40 Mal) als in der französischsprachigen Presse (15 Mal). Angesichts der weiten Verbreitung in der deutschsprachigen Presse scheint sich der Begriff «Gender-Ideologie» in der Deutschschweiz etabliert zu haben. In den französischsprachigen Medien der Schweiz wird der Begriff deutlich seltener und meist als explizit polemischer Ausdruck verwendet. «*Théorie du genre*» wird in einer ähnlichen, aber weniger umstrittenen und naturalisierten Bedeutung verwendet.
- Rechtsextremismus scheint in allen deutschsprachigen Schweizer Zeitungen das dominierende Thema zu sein, in dessen Zusammenhang der Begriff «Gender-Ideologie» fällt, mit Ausnahme der rechtsgerichteten Zeitung *Die Weltwoche*. Eine gezielte Betrachtung der Verteilung der auslösenden Themen für den Begriff der «Gender-Ideologie» in der *Weltwoche* zeigt, dass in unserem Korpus die «Gender-Ideologie» nie in Verbindung mit Rechtsextremismus auftaucht, sondern im Kontext von Kommentaren zu Themen wie «Woke»-Politiken, «Cancelling/Silencing» und «Sexualkundeunterricht an Schulen». Im

Gegensatz dazu wird «Gender-Ideologie» in der WOZ in fast 60 % der Fälle im Zusammenhang mit Rechtsextremismus erwähnt.

- Die vorherrschenden auslösenden Themen für den Begriff «Gender-Ideologie» in der französischsprachigen Presse sind «Woke» gefolgt von «Trans-Themen/Aktivismus» und «Cancelling/Silencing». Diese Dominanz lässt sich durch das Zusammentreffen zweier historischer Umstände erklären. Erstens ersetzte im Zeitraum der Stichprobe das französische, vom englischen «woke» abgeleitete Wort «wokisme» frühere Ausdrücke zur Verunglimpfung progressiver Politik wie «islamo-gauchisme», «intersectionnalité» oder «néo-féminisme» in der französischen Medienlandschaft und in den französischsprachigen Regionen der Schweiz und Belgiens. Der Begriff der «théorie du genre» (Gendertheorie) war besonders Anfang der 2010er-Jahre während der Proteste gegen die Gleichstellung der Ehe in Frankreich (die schliesslich 2013 in Kraft trat) verbreitet (Carnac, 2014). Später wurde der Begriff jedoch als eigenständiges Thema herausgelöst und allmählich in einen breiteren Kontext der Denunzierung progressiver Politik eingebettet, die unter dem Begriff «wokisme» gefasst wird. Seit den «Black Lives Matter»-Demonstrationen im Jahr 2020 wird der Begriff sowohl in Frankreich als auch in der Schweiz zunehmend auch für antirassistische Forderungen verwendet (Mahoudeau, 2022). Zweitens bezog sich ein signifikanter Anteil der analysierten Zeitungsartikel aus dem Jahr 2022 zu geschlechterfeindlicher Politik in der Romandie auf die Kontroverse um die Anti-Trans-Vorträge an der Universität Genf (siehe Ergebnisse der Kontroverse weiter unten). Die Proteste gegen die Vorträge wurden von der französischsprachigen Mainstream- und der konservativen Presse fast ausschliesslich als Import der Cancel Culture in die Schweiz beschrieben, weshalb Trans-Themen in der Medienstichprobe häufig mit «Cancelling» und «Silencing» assoziiert werden.

- Wenn in einem Zeitungsartikel mehr als ein auslösendes Thema für den Begriff der «Gender-Ideologie» dominiert, handelt es sich sowohl bei den Deutschschweizer als auch bei den Westschweizer Medien um eine Kombination von «Cancelling/Silencing», «Trans-Themen/Aktivismus» und «Woke». In den französischsprachigen Medien tauchen solche Assoziationen vor allem im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die oben erwähnten Proteste gegen transfeindliche Veranstaltungen in der Romandie auf. «Cancelling/Silencing» in Verbindung mit «Trans-Themen/Aktivismus» findet sich vor allem in den Artikeln von *La Tribune de Genève*, während in den Deutschschweizer Medien diese Themen ausschliesslich in der Berichterstattung von *Die Weltwoche* zusammen diskutiert werden. Diese Assoziationen zeigen die diskursiven Strategien der Zeitungen bei der Konstruktion von Gender-Ideologie als Problem.

- Die Analyse der Artikel nach Ressorts zeigt, dass Diskussionen um «Gender-Ideologie» in der deutschsprachigen Presse vor allem in Kommentar- und Meinungsbeiträgen (60 %) sowie in den CH-Nachrichten (17 %) geführt werden. In der französischsprachigen Presse dominiert der Begriff «Gender-Ideologie» in den Ressorts News CH und Editorial (20 %). Ein so hoher Anteil an Meinungsbeiträgen und inländischer Berichterstattung deutet darauf hin,

dass Zeitungen bzw. Journalist*innen versuchen, «Gender-Ideologie» als relevantes Thema in der Schweiz zu verorten.

- Die Erwähnung von Schlüsselpersonen, d. h. von etablierten Persönlichkeiten, die Anti-Gender-Positionen vertreten, scheint ein Merkmal der rechten und konservativen Schweizer Presse zu sein. Transnational bekannte Anti-Gender-Akteur/innen tauchen häufig in den Nachrichten auf oder werden in den Kommentar- und Meinungsbeiträgen erwähnt. In der gesamten Stichprobe werden Éric Marty, J. K. Rowling, Céline Masson, Caroline Eliacheff, Abigail Shrier und Viktor Orbán genannt. Im Gegensatz dazu erwähnt die linke Zeitung *WOZ* vorwiegend inländische Akteur/innen, häufig im Zusammenhang mit der Besorgnis über die Erstarkung von rechtsgerichtetem Aktivismus.

- Die Untersuchung des Begriffs «Gender-Ideologie» zeigt, dass der Begriff in zwei Dritteln aller Artikel unserer Stichprobe ohne Anführungszeichen verwendet wird. Dies impliziert, dass der Begriff weitgehend naturalisiert und sein konstruktiver bzw. politischer Charakter ausgeblendet oder negiert wird. «Gender-Ideologie» in Anführungszeichen findet sich vor allem in der *WOZ* (36 %), der *NZZ* (27 %) und *La Tribune de Genève* (22 %). In vielen Fällen kann die Verwendung von Anführungszeichen als eine Art der kritischen Distanznahme von einem Begriff gesehen werden, allerdings dürften auch sprachliche Konventionen bei der Verwendung von Anführungszeichen eine Rolle spielen.

- In der Deutschschweizer Zeitung *Die Weltwoche* taucht der Begriff «Gender-Ideologie» gelegentlich in Titeln von Artikel auf. In allen anderen Zeitungen unserer Stichprobe taucht er jedoch überwiegend im Artikeltext auf. *Die Weltwoche* titelt am 30.06.2022 etwa: «Was ist eine Frau? Gender-Ideologen behaupten, der Mensch könne sein Geschlecht selbst wählen. Ich kann Sie beruhigen: Die Sexualbiologie ist in dieser Frage sehr eindeutig». Die Häufigkeit des Begriffs «Gender-Ideologie» in den Titeln der *Weltwoche* deutet darauf hin, dass der Begriff dem Zielpublikum der Zeitung bekannt ist und damit ein vorhandenes Interesse bedient wird.

- Definitionen von «Gender-Ideologie» werden selten in expliziter Form gegeben. In einigen Fällen können umschreibende Formulierungen als eine Art der Definition gedeutet werden, in anderen Fällen ergibt sich die Bedeutung aus dem Kontext. Durch diese Unbestimmtheit und fehlende Definitionen ist der Begriff beweglich und wandelbar. Meistens wird der Begriff «Gender-Ideologie» in den Texten jedoch so selbstverständlich verwendet, als wäre der Status von Gender als «Ideologie» für Lesende klar.

Einige qualitative Einblicke helfen, die obigen quantitativen Ergebnisse zu veranschaulichen. Sie zeigen die Schlüsselthemen auf, die in verschiedenen Medien mit dem Begriff «Gender Ideologie» in Verbindung gebracht werden. Die folgenden Narrative tauchten regelmässig in der Zeitung *Die Weltwoche* auf.

- «Gender-Ideologie» wird in der *Weltwoche* oft als Bedrohung für Frauen, den weiblichen Körper oder gar für Frauenrechte dargestellt:

«Was ist eine Frau? Für Ulrich Kutschera, den Autor unserer Titelgeschichte, gibt die Sexualbiologie eine eindeutige Antwort: Entgegen der Behauptung von Gender-Ideologen definieren die weiblichen Eierstöcke die Frau. Alles, was das sichtbare ›Frausein‹ ausmacht, bis hin zu den fettgepolsterten Körperrundungen, wird durch diese primären Sexualorgane gesteuert. [...] Er ist überzeugt, dass die Rechte jener Frauen, die ihr Frausein als etwas Natürliches empfinden, von der immer aufdringlicheren Gender-Ideologie bedroht werden.» (Weltwoche, 30.06.2022)

Hier wird argumentiert, dass die Infragestellung eines biologistischen Geschlechterverständnisses Frauen marginalisiere, die sich mit ihrem Frausein identifizieren.

- Die Gleichstellung von trans Menschen wird im Allgemeinen, und gerade in Bezug auf Kinder und vermeintliche Kinderrechte, oft auf polemische und sensationslüsterne Weise diskutiert. So wird beispielsweise in einem Artikel mit dem eingängigen Titel «Die Gender-Ideologie verwirrt eine ganze Generation» die «Gender-Ideologie» als Bedrohung konstruiert, weil Kinder in pädagogischen und medizinischen Einrichtungen regelmässig mit «Transgenderismus» konfrontiert werden würden.

«Die Situation hat sich in den letzten Jahren drastisch geändert. Besonders Mädchen sind einem Transgender-Trend unterworfen. Autorin Abigail Shrier spricht von ›Transgender-Wahnsinn‹. Ein ganzes Netzwerk von Pädagogen, Psychiatern, Lehrern und Ärzten drängt Jugendliche dazu, Transgender als ganz normale Lebensoption zu erwägen, mit irreversiblen Schäden: Hormonkuren, Mastektomie, psychischen Störungen, Unfruchtbarkeit noch vor der Volljährigkeit. Und dies ohne ausreichende medizinische Grundlagen. Wer kritische Fragen stellt, wird totgeschwiegen oder an den Pranger gestellt, wie Shrier wiederholt erfahren hat.» (Urs Gehrig, 26.11.2020)

Ein ähnliches Narrativ über Bildungs- und medizinische Einrichtungen, die eine affirmative Gesundheitsversorgung für trans Personen, Kinder und Jugendliche gefährden würden, ist, wenn auch als separater Vorfall, in den von uns untersuchten Parlamentsdebatten ebenfalls zu finden.

- «Gender-Ideologie» wird oft als Bedrohung der Meinungsfreiheit diskutiert. In einem Artikel vom 13.10.2022 schreibt Anabel Schunke:

«Und wenn die sprachliche Diskreditierung von linker Seite nicht ausreicht, kommt die sogenannte ›Hasskriminalität‹ ins Spiel. Wer der woken Ideologie widerspricht, verbreitet ›Hass und Hetze‹ – und muss bestraft werden. Je nach Schwere und Häufung der Verstösse mit temporären Sperrungen oder dauerhafter Löschung. Dabei

wird der Korridor des Sagbaren immer weiter verengt und der Katalog dessen, was als «Hassrede» gilt, beliebig ausgeweitet.»

Gemäss der Autorin werde die Meinungsfreiheit, die bereits durch die «linke Cancel Culture» eingeschränkt werde, durch die Ausweitung der Rassismusstrafnorm (Artikel 261bis) auf den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, zusätzlich beeinträchtigt.

- Ein weiteres Merkmal der Berichterstattung der *Weltwoche* ist, dass sie transnational anerkannten Anti-Gender-Akteur/innen eine Plattform bietet. Sie berichtet häufig über die international bekannten, oben genannten Akteur/innen, lädt sie als Gäste ein, veröffentlicht Artikel und Interviews von und mit ihnen, bewirbt und berichtet über ihre Veranstaltungen und stellt sie als glaubwürdige Expert/innen dar. Beispielsweise wird Abigail Shrier als Expertin für den (vermeintlichen) «Transgender-Wahnsinn» vorgestellt.
- Die Konstruktion des Begriffs der «Gender-Ideologie» in der bürgerlichen *Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)* zeigt ein Konglomerat an Meinungen und Diskussionen, in denen der Begriff verwendet wird. Eine beträchtliche Anzahl der *NZZ*-Artikel in unserem Korpus diskutiert «Gender-Ideologie» im Zusammenhang mit rechtsextremen Tendenzen, nämlich, dass diese durch die Aneignung des Themas Gender an Dynamik gewinnen. Gleichzeitig gibt es eine ebenso grosse Anzahl Artikel, die den Begriff «Gender-Ideologie» enthalten und sich weitgehend an die Narrative der *Weltwoche* anlehnen. Zum Beispiel spricht Giuseppe Gracia in einem Artikel vom 07.03.2023 über «Gender-Extremisten [...], welche die Natur leugnen, naturwissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren und ideologische Sprachverwirrung betreiben». «Gender-Extremisten» sind nach Ansicht des Autors genauso gefährlich für die Gesellschaft wie Anti-Rassismus- und Klima-Extremist*innen:

«Beim Thema Rassismus müsste es in Zukunft ebenfalls darum gehen, als Mehrheitsgesellschaft für die Werte des Liberalismus einzustehen, für die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Das Problem aber sollte nicht den Radikalen überlassen werden, die mit ihrer Erbsündenlehre für Weisse einen neuen, woken Rassismus verkünden.»

Gender, Antirassismus und Klimaaktivismus werden in der *NZZ* immer wieder als «totalitäre Politik» diskutiert. Einige Autoren schlagen sogar praktische Lösungen vor, um deren Ausbreitung zu stoppen:

«Es ist wichtig, Tendenzen entgegenzutreten, die totalitär Gefolgschaft einfordern, ganz gleich, ob in Klima-, Gender- oder anderen Fragen. Dem Nichtzulassen ganzer gesellschaftlicher Strömungen zu Debatten und Foren. Der tendenziösen Auslese von Talkgästen und der irrigen Idee, relevante, missliebige Meinungen auskapseln und an ihnen vorbei Politik machen zu können.» (Ralf Schuler, *NZZ*, 16.01.2023)

- Die linke Zeitung *WOZ* präsentiert ein auffallend anderes Narrativ als die *NZZ* und die *Weltwoche*. Der Begriff «Gender-Ideologie» wurde am häufigsten im Zusammenhang mit zunehmendem Rechtsextremismus genannt. In vielen Fällen setzen sich die Autor*innen kritisch mit den rechtsgerichteten Argumenten der anderen Medien auseinander. So problematisiert Anna Jikhareva in einem Artikel vom 27.10.2022 die Tendenz einiger Medien, die linken und rechten Proteste als «zwei Extreme» zu diskutieren, da ein solcher Relativismus zur «Verharmlosung rechter Gewalt» führe:

«Zur Verharmlosung rechter Gewalt tragen aber auch jene bei, die diese – getreu der «Hufeisentheorie» – mit linksradikaler Politik gleichsetzen. Ein aktuelles Beispiel ist ein «Tagesschau»-Bericht vom Sonntag, in dem eine antifaschistische Demo in Bern dem Tanzhausangriff gegenübergestellt wird. So erscheinen die Ereignisse bloss als zwei «Extreme», zu denen die «vernünftige» Mitte auf Äquidistanz bleibt – mit der Konsequenz, dass die Anliegen von Neonazis letztlich legitimiert werden.»

Ergebnisse des Schweizer Kontroverse-Mappings

In einem dritten Schritt konzentrierte sich die Schweizer Fallstudie auf die Untersuchung zweier Episoden von Anti-Gender-Mobilisierungen. Beide Ereignisse fanden im Jahr 2022 statt, das eine in der französisch-, das andere in der deutschsprachigen Schweiz. Die deutschschweizerische Analyse konzentrierte sich auf die Medienberichterstattung über eine «Drag Story Time»-Veranstaltung für Kinder in Zürich, die im Oktober 2022 von einer jungen Neonazi-Gruppe gewaltsam gestört wurde. Diese Kontroverse zeigt, wie geschlechtsbezogene Themen, insbesondere in Bezug auf Kinder, von verschiedenen Akteur/innen als Strategie genutzt werden, um die Öffentlichkeit für Anti-Gender-Politiken zu gewinnen. Sie beleuchtet auch die Rolle der rechten Medien und der Politik, die zu solchen Ereignissen beitragen und diese fördern. In der Romandie wurde die Medienberichterstattung über die Absage von zwei transfeindlichen Vorträgen an der Universität Genf im April und Mai 2022 analysiert. Diese Kontroverse zeigt die transnationale Dimension des Anti-Trans-Aktivismus auf und enthüllt, dass das Argument der Redefreiheit für die Rechtfertigung des Anti-Gender-Diskurses genutzt wird. Beide Kontroversen verdeutlichten die zentrale Rolle von Kindern im Anti-Gender- und Anti-Trans-Aktivismus.

Für beide Kontroversen wurde eine breite Stichprobe von Meinungsbeiträgen, Interviews und Berichten aus verschiedenen Medien erstellt. Für die Analyse der Kontroverse 1 (Drag Story Time) wurden 27 Artikel gesammelt, die einen Überblick über die mit der Kontroverse verbundenen Themen lieferten. Für die Kontroverse 2 (Proteste gegen kontroverse Gespräche bei der UNIGE) wurden 15 Meinungsartikel und Interviews mit Akteur/innen ausgewählt, die sich zur Kontroverse geäußert hatten.

Schweizer Kontroverse 1: Die Gruppierung Junge Tat stört «Drag Story Time»-Veranstaltung für Kinder in Zürich

- Rechtsextreme Gruppen profitieren von einem breiten, rechtsgerichteten öffentlichen Diskurs zu Gender-Themen. Die Thematisierung von «Gender» in rechtskonservativen Medien und politischen Kampagnen gegen Gender-Themen hat sich in letzter Zeit verstärkt und ermöglicht rechtsextremen Gruppen, daran anzuknüpfen und die eigenen, radikalen Positionen mit der Behauptung zu legitimieren, dass sie nur wiederholen, was andere sagen. Dies kann als Strategie angesehen werden, um für öffentliche Unterstützung zu werben und rechtsradikale Positionen zu normalisieren.

- Rechte und konservative Medien haben den Vorfall skandalisiert, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Diskussion über angebliche Gefahren der «(Trans)Gender-Ideologie» für Kinder und die Gesellschaft im Allgemeinen lenkten. Einige Meinungsbeiträge und Nachrichtenartikel forderten ihre Leserschaft auf, sich kritisch mit der Gefahr solcher Veranstaltungen für Kinder auseinanderzusetzen. So alarmierte zum Beispiel die *NZZ*: «Lesestunde mit der Dragqueen. Die Gender-Besessenheit hält in der Pädagogik Einzug» (Birgit Schmid, *NZZ*, 10.11.2022). Die *Weltwoche* veröffentlichte mehrere Nachrichten- und

Meinungsartikel, in denen offene Gespräche mit Kindern über Vielfalt und Integration mit einer «Transgendersekte» verglichen wurden:

«Vor allem aber Unnachgiebigkeit gegenüber «Ketzern», die die Transgendersekte mit biologischen Fakten ad absurdum führen, zeichnet den religiösen Dogmatismus dieser Ideologie aus. Aus Berichten weiss man, dass aus Kindern, die in Sekten aufwachsen, unselbständige und ängstliche Erwachsene werden. Es wäre ratsam, diese gesellschaftliche Tendenz zu verhindern.» (Elena Louisa Lange, Weltwoche.ch, 20.05.2022)

- Zudem ging es in der Kontroverse, die durch die Störung der «Drag Story Time» durch die rechtsextreme Gruppe Junge Tat ausgelöst wurde, in rechten Medien der Deutschschweiz sowohl um die Delegitimierung von Trans- und LGBTIQ+-Lebensrealitäten als auch um die Legitimierung der politischen Einstellungen von Neonazis und Rechtsextremen. Ein Beispiel dafür ist der Artikel der *Weltwoche* mit dem Titel «Die neue Spiessigkeit: Drag Queen-Lesungen für Kinder wie heute in Zürich sind das neue Lieblingshobby eines linken Bünzlitums». Ein Zitat aus der *Weltwoche*:

«Einst eine Subkultur des Nacht- und Partylebens, stellt sich eine neue Generation von Drag Queens als staatliche Transgenderbeauftragte zur Verfügung. Sie dient sich so einem neuen linken Rechtschaffenheits-Bünzlitum an, welches man bereits vom reformierten Kirchentag kennt: die Zuhörerschaft besteht aus Eltern in Kreativ- und akademischen Berufen, die sich und ihre Sprösslinge in Fjällräven-Rucksäcke zwingen, artig ihre Pronomen angeben, die FFP2-Maske immer griffbereit haben und jeden als «Nazi» beschimpfen, der auf dem Veloweg läuft.» (Elena Louisa Lange, Weltwoche.ch, 20.05.2022)

Auffällig an diesem Beispiel ist die kollektive Delegitimierung von Akteur*innen, die sich für Vielfalt und Inklusion einsetzen und als links-bürgerliche Vertreter*innen intellektueller und kreativer Berufe charakterisiert werden. Gleichzeitig argumentiert die Zeitung, dass Menschen, die diese liberalen Ideen nicht unterstützen, vorschnell als «Nazi» abgestempelt werden.

Ähnlich begründet *Die Weltwoche* die Weigerung der SVP, gemeinsam mit anderen politischen Parteien die Aktion der Jungen Tat zu verurteilen. In einem Artikel vom 03.11.2022 schreibt *Weltwoche*-Autor Christoph Mörgeli:

«Ein paar Rechtsradikale haben die Geschichtenstunde der Dragqueens gestört. Die im Stadtparlament vertretenen Parteien wollten dies in einer gemeinsamen Erklärung verurteilen. Die SVP verweigerte sich diesem Ansinnen. Mit Recht.»

Nach Ansicht des Autors ist dieser Entscheid der SVP gerechtfertigt, weil es ihre Pflicht sei:

«Vor allem muss sich die SVP die Freiheit vorbehalten, der Frühsexualisierung von Kindern entgegenzutreten. Und sich kritisch mit der LGBTQ-Bewegung auseinanderzusetzen. Denn die andern wollen nichts anderes als die folgende Ansicht durchsetzen: Wer der Gender-Ideologie widerspricht und behauptet, es gebe zwei biologische Geschlechter, ist ein Nazi.»

- Ein weiteres Narrativ, das sich in rechten Medien wiederfindet, ist die Infragestellung der Verwendung von öffentlichen Geldern für Aktivitäten, welche geschlechtliche Vielfalt für Kinder aufbereiten. Zum Beispiel argumentiert Joyce Kung in *Die Weltwoche*:

«Ob Eltern ihre Kinder zur Märchenstunde von pompös verkleideten Männern in Damenroben schicken wollen, können sie selbst entscheiden. Wer das will, sollte aber auch eigens dafür aufkommen. Und nicht der Steuerzahler.» (23.09.2022)

Dieses Argument tauchte auch in parlamentarischen Debatten mit Bezug zu den Inhalten von Broschüren zur Sexualerziehung auf, wobei die Idee vertreten wird, dass Sexualerziehung nicht Aufgabe des Staates sei. Dies weist auf Synergien einiger medialer und politischer Anti-Gender-Narrative hin.

- Ein weiteres Merkmal, das die Kontroverse in den analysierten Deutschschweizer Medien kennzeichnet, ist die Fokussierung auf die Handlungen der neonazistischen Gruppe und nicht auf das geteilte Gedankengut mit rechtskonservativen Kräften. Die meisten Artikel verurteilten zwar die Aktion der Jungen Tat, so fragten beispielsweise die *Schaffhauser Nachrichten* (27.10.2022): «Wo bleibt die Empörung, wenn Nazis aufmarschieren?» Trotzdem wird in der Presse der Kritik an politischen Stimmen, die das gleiche Gedankengut vertreten, jedoch Teil des als legitim erachteten politischen Spektrums gelten, weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Gelegentlich gibt es Artikel liberaler Medien, die sich mit der Verwicklung einiger Schweizer Parteien in diese Kontroverse befassen, zum Beispiel titelte ein Artikel im *tagesanzeiger.ch* (27.10.2022):

«So hilft die SVP den Neonazis. Die anderen Zürcher Parteien verurteilten die Aktion der Neonazis beim Tanzhaus, die SVP druckste herum – und unterstützte das Anliegen der Extremisten. Warum das gefährlich ist.»

- Linke Medien hingegen betonten, dass das von rechten und konservativen Medien sowie von rechten Politiker/innen verbreitete Gedankengut aktiv zum Angriff der Jungen Tat auf die Drag Story Time für Kinder beigetragen habe:

«Dass sich die Neonazis im urbanen Raum sicher zu fühlen scheinen, ist nicht zuletzt einer Öffentlichkeit zu verdanken, die deren Denkweise salonfähig macht. So ging der physischen Attacke auf die Vorlesestunde eine verbale voraus: «Aktivistische Ideologen schrecken vor nichts zurück», schrieb die «Weltwoche» Ende September. Auch die NZZ lässt kaum eine Gelegenheit aus, die «Gender-Ideologie» zu verteufeln. Hinzu kommt

ein abtretender Bundesrat, der mit seinen Aussagen gegen die ‹Woke-Kultur› provoziert, oder ein Anwärter auf das Amt, der dem ‹Transgender-Wahn› den Kampf erklärt.» (Anna Jikhareva, WOZ, 27.10.2022)

- In verschiedenen Medien wurde die Benennung und Bekanntmachung als Taktik der Anti-Gender-Akteur/innen erwähnt, um queere Aktivist*innen und Veranstaltungen zu möglichen Zielscheiben für Angriffe zu machen. Daniel Binswanger, ein Autor für die links-liberale *republik.ch*, schrieb am 20.05.2023:

«Köppel hat die ‹Drag Story Time› diese Woche in einem ‹Weltwoche daily›-Beitrag nicht nur zu einem Anschlag auf die Werte der traditionellen Familie erklärt, sondern auch noch Ort und Zeit der Veranstaltung genannt – eine Wiederholung der impliziten Aufmunterung zu Gewalttätigkeit im Stil von Glarner.»

In einem weiteren Artikel von Giorgio Scherrer in der *NZZ* vom 02.12.2022 wurde auch die öffentliche Bekennung als taktisches Mittel der Jungen Tat erwähnt: «Wenige Tage nach der Aktion geht ein Bekennervideo der Gruppierung ‹Junge Tat› online, in dem zwei Neonazis mit Namen und Gesicht zur Aktion stehen – und Butler zum Feindbild erklären.»

Schweizer Kontroverse 2: Proteste gegen umstrittene Anti-Trans-Gespräche an der UNIGE

Die Kontroverse in der Romandie, die im Frühjahr 2022 wegen der Proteste gegen die als diskriminierend kritisierten Vorträge an der Universität Genf (UNIGE) ausbrach, leitete eine intensive Periode transfeindlicher Äusserungen in den Medien und im öffentlichen Diskurs ein. Insbesondere der Zugang zu affirmativer Transitionsbegleitung und Gesundheitsversorgung für trans Minderjährige sowie Detransitionierung (rts.ch 02.03.2023) rückten in den Fokus und wurden mit einem breiteren, negativen Diskurs über die Auswüchse von «*wokisme*» (französische Transliteration) und «*cancel culture*» (englischer Ausdruck im Französischen) verknüpft.

- Ein entscheidendes Merkmal der Genfer Kontroverse von 2022 war die transnationale Verbreitung von Gender-Debatten und Anti-Gender-Diskursen, in diesem Fall der Einfluss französischer Debatten und französischer politischer und intellektueller Akteur*innen auf die Diskussionen in der Romandie. Alle drei kontroversen Rednerinnen und Redner, die eingeladen wurden, in den Räumlichkeiten der UNIGE zu sprechen (die Koautorinnen Céline Masson und Caroline Eliacheff einerseits und Eric Marty andererseits), stammen aus Paris. Sie waren in der Pariser Intellektuellenszene aktiv und veröffentlichten in französischen Verlagen Bücher (*Les Editions de l'Observatoire* bzw. *Les Editions du Seuil*).¹ Das Buch *La fabrique de l'enfant transgenre* war bereits von französischen Anti-Trans-Organisationen wie dem Pariser *Observatoire de la Petite Sirène* (gegründet von Masson und Eliacheff) gefördert

¹ Céline Masson und Caroline Eliacheff, *La Fabrique de l'enfant-transgenre*. Paris: Editions de l'Observatoire, 2022; Eric Marty, *Le sexe des Modernes. Pensée du Neutre et théorie du genre*. Paris: Seuil, 2021.

worden, während Marty's Buch in den Pariser Medien und in intellektuellen Kreisen diskutiert worden war. Versionen der Genfer Vorträge wurden bereits in ganz Frankreich gehalten.

- Umgekehrt liessen sich auch die Aktivist*innen der Genfer Studierendenvereinigung in ihren kritischen Berichten über die Ereignisse und die Bücher von zeitgenössischen Beiträgen in der französischen Debatte inspirieren.² So stützten sie sich bei ihrer Analyse des Buches von Marty auf die Blog-Artikel des französischen Kulturhistorikers und -kritikers Antoine Idier im Online-Medium *Médiapart*.³ Am 22. Oktober 2022 luden Genfer Studierende, die intellektuelle Unterstützung suchten, den in Paris lebenden Alex Mahoudeau ein, Autor des kürzlich erschienenen Buches *La Panique Woke* (Textuel, 2022), um neben Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus der Romandie zu sprechen.⁴ Auch die konservative Presse der Romandie liess zusätzlich zu ihren eigenen Leitartikeln hauptsächlich französische Intellektuelle zu Wort kommen, wie die Medienexpertin Peggy Sastre⁵ (die sich «für Gender aus biologischer Sicht interessiert») oder die Buchautor*innen selbst⁶. Gemässigtere Schweizer Interviewpartner*innen, Kommentator*innen und Verfasser*innen von Meinungsbeiträgen wurden hingegen meist unter lokalen Politiker*innen wie Alexandre de Senarclens (PLR, Mitte-Rechts) und Dorina Xhixho (LGBTQ-Vertreterin der sozialdemokratischen Partei Genf) oder Universitätsvertretenden (wie UNIGE-Präsident Yves Flückiger) rekrutiert.

- Ein zweites Merkmal der Mainstream- und konservativen Berichterstattung über die Kontroverse im Zuge der Veranstaltung an der UNIGE war die bemerkenswerte Umgehung einer substanziellen inhaltlichen Diskussion zugunsten einer Fokussierung auf das, was reduktiv als Bedrohung der Meinungsfreiheit in der Schweizer Wissenschaft dargestellt wurde. So erklärte Nathalie Piégay, Direktorin des Departements für modernes Französisch, die Eric Marty eingeladen hatte, nach dem Protest:

«En ce qui me concerne, je suis soucieuse de maintenir un climat de travail serein, ouvert à la contradiction, sans intimidation. Je pense que la controverse est nécessaire à la vie démocratique et intellectuelle. Elle a par définition toute sa place à l'université. Je suis prête à rencontrer, à dialoguer avec des membres de la communauté trans, qui

² CUAÉ, «Répression à l'université et autres histoires de transphobie», *Reverse.co*, 7. Juli 2022.

³ *À propos du Sexe des modernes et d'un problème plus général: la critique «de gauche»*, *blogs.mediapart.fr*, veröffentlicht am 17. Mai 2022, genau am Tag von Marty's Genfer Rede; und *Le livre homophobe et transphobe de Marty, la critique culturelle et la psychanalyse*, veröffentlicht auf *blogs.mediapart.fr* am 30. Mai 2022, etwa zwei Wochen nach Marty's Genfer Rede.

⁴

<https://cuae.ch/enregistrement-de-la-conference-transphobie-et-repression-retour-sur-une-polemique-reactionnaire/>

⁵

<https://www.watson.ch/fr/suisse/lgbtiq%2b/353800979-l-uni-de-geneve-la-liberte-attaquee-par-des-activisteslgbtiq>, veröffentlicht am 19. Mai 2022.

⁶ <https://www.lepeuple.ch/le-prof-attaque-a-geneve-regle-ses-comptes/>

doivent admettre de leur côté qu'on doit aussi pouvoir entendre des propos avec lesquels on n'est pas d'accord.» (Antoine Menuisier, watson.ch, 19.05.2022)

Auf der Online-Website *watson.ch* äusserte sich Peggy Sastre über aktivistische Studierende: «Ils me font penser aux fascistes des années 20 et 30». Im Interview-Artikel mit ihr, verfasst von Antoine Menuisier, erörterte sie, was sie für einen lokalen Präzedenzfall hielt: den Ausschluss von Cis-Männern an einer von der UNIGE-Studierendenvereinigung organisierten feministischen Versammlung im Jahr 2021 (*watson.ch*, 25.05.2021). Die Proteste brachte sie indes mit zwei Beispielen früherer «Einschüchterungen» an französischen Universitäten in den letzten Jahren in Verbindung.

Im Schweizer Interview, das Eric Marty exklusiv der konservativen Zeitung *Le Peuple* (die von einer selbsternannten «christlichen und unabhängigen» Redaktion geleitet wird)⁷ gab, verurteilte der Autor von *Le sexe des modernes* die Demonstrierenden als «Pseudo-Trans», die den «Dialog» verweigerten, und beklagte eine «attitude <fasciste> portée par des <petits-bourgeois, tout juste capables d'imiter ce qui se fait ailleurs>» (Jerome Burgener, *Le Peuple*, 07.06.2022).

Dadurch, dass sich die Berichterstattung nicht mit der inhaltlichen Kritik der Protestierenden auseinandersetzte, fehlte es an einer Debatte über den Gegenstand der Transfeindlichkeit. Dies hinderte die Öffentlichkeit daran, die Proteste anhand ihrer Inhalte zu beurteilen. Stattdessen gelang es den medial Kommentierenden, die Vortragenden, gegen die protestiert wurde, als Opfer der «cancel culture» darzustellen. Im Gegensatz dazu veröffentlichte die Schweizer Boulevardzeitung *Blick* als einzige der überregionalen Tageszeitungen einen Leitartikel, der die Anliegen der Studierenden unterstützte («Heureusement qu'on ne laisse pas les transphobes s'exprimer à l'université», Amit Juillard, 15.06.2022). Der Artikel kritisierte die Behauptung der konservativen Akteur/innen, sie könnten ihre Meinung nicht mehr äussern, obwohl sie in den meisten Nachrichtenkanälen und öffentlichen Foren zu Wort kommen. Dieser Artikel war auch einer der wenigen, der sich inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzte. So bestärkte der Artikel zum Beispiel Aussagen von spezialisierten Gesundheitsfachpersonen aus der Romandie, welche die Behauptung von Masson und Eliacheff widerlegten, dass 90 % der Jugendlichen, die im Alter von 15 Jahren mit einer Transition beginnen, diese im Alter von 20 Jahren bereuen. Die tatsächliche Zahl liege laut neueren Daten bei 2 %, so zitiert der Artikel die Co-Direktorin der Stiftung *Agnodice* in Lausanne, die trans Menschen unter 18 Jahren begleitet. Ausserdem kritisiert der Artikel, dass im Namen der Meinungsfreiheit ein transfeindlicher Diskurs zugelassen wird:

«Si ces conférences avaient été racistes ou antisémites, qui se serait offusqué de voir les autrices et auteurs des ouvrages dénoncés se faire rudoyer? Si les livres présentés

⁷ Eine Bildunterschrift unter dem Foto von Eric Marty besagt: «Genervt beschloss Eric Marty, nur noch mit unserer Zeitung zu sprechen». <https://www.lepeuple.ch/le-prof-attaque-a-geneve-regle-ses-comptes/>

avaient été écrits par des Blancs voulant contrôler la vie des Noirs incapables d'autodétermination, auriez-vous versé une larme sur l'autel de Voltaire?» (Amit Juillard, Blick, 15.06.2022)

Die Studentenvereinigung CUAE prangerte auf der linken Nachrichtenwebsite *Renversé* die «Repression» durch die Universitätsverwaltung an und veröffentlichte eine lange Kritik der beiden Bücher. Darin versuchte sie, die Diskussion auf Transfeindlichkeit zu lenken⁸ und verwies die Leser*innen auf eine Sektion ihrer eigenen Website, die ein ausführliches «Dossier sur la transphobie d'Eric Marty» vom Juni 2022 enthält.⁹



Abbildung CH18: Foto des entrollten Banners auf dem Gelände des UNIGE Uni Mail-Gebäudes, Juni 2023

- Ein drittes zentrales Element der Berichterstattung über die UNIGE-Kontroverse war die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen einem Lager der Vernunft und Wissenschaftlichkeit gegenüber einem Lager, das von Aktivist*innen und «Extremist*innen» vertreten wird.

Diese Dichotomie stand bereits im Mittelpunkt des Diskurses der AMQG, einer in Genf ansässigen Vereinigung. Die AMQG wurde im Frühjahr 2021 zunächst von Eltern gegründet, die dem Wunsch ihrer Teenager nach einer Transition ablehnend gegenüberstanden. Sie forderten einen «massvollen Umgang mit Gender Questioning», der sich gegen das richtete, was sie als Transgender-Aktivismus betrachteten.¹⁰ Die AMQG setzt sich für die Anwendung des «Vorsorgeprinzips» bei Geschlechtsdysphorie bei Kindern ein und lehnt eine affirmative Gesundheitsversorgung und Transitionsbegleitungen (die als unsicher und ideologisch dargestellt werden) zugunsten einer «explorativen Psychoanalyse» ab. Diese soll darauf abzielen, das Leiden zu behandeln, bis die behandelten Personen volljährig sind.

⁸ «Repression à l'université und andere histoires de transphobie», 7. Juli 2022.

<https://renverse.co/analyses/article/repression-a-l-universite-et-autres-histoires-de-transphobie-3617>

⁹ <https://cuae.ch/quelques-ressources/>

¹⁰ <https://www.amqg.ch/>

Die Dichotomie manifestierte sich während der Genfer Veranstaltungen in einer Gegenüberstellung von eingeladenen Vortragenden, die offen für intellektuelle Diskussionen seien, und Demonstrierenden, die «den Dialog verweigern», «gegen eine Debatte» und «nicht konstruktiv» seien. So beanstandete der Kommunikationsbeauftragte der UNIGE, Marco Cattaneo, in seiner Erklärung nach den Vorfällen, dass der Vortrag (von Céline Masson und Caroline Eliacheff) zwar nicht von der Universität organisiert, deren Räumlichkeiten aber von einer psychoanalytischen Gesellschaft angemietet worden seien, «le refus du dialogue exprimé hier par ce groupe de militant.es est totalement contraire à la démarche académique, nous ne pouvons en aucun cas la cautionner» (Jérôme Faas, 20 minutes online, 30.04.2022). Er prangerte die seiner Meinung nach gewalttätigen Methoden an und erklärte:

«Nous ne pouvons tolérer de tels comportements contre la liberté académique et nous tenons à faire le distinguo entre la lutte contre la transphobie, à laquelle l'Université de Genève s'associe, et les éléments activistes de mardi soir» (Antoine Menuisier, watson.ch, 19.05.2022).

Seitens der Universität wurden die Studierendenproteste als «albern» dargestellt, während sich die Institution als vernünftigen Akteur konstruierte, der den Dialog durch die Gender-Forschung und die Diversitäts-Politik der Hochschule vorantreibe:

Die UNIGE «engagée dans la lutte contre la transphobie à travers son service égalité & diversité, grâce aux travaux menés par le Centre Maurice Chalumeau [ein gut finanziertes Institut zur Förderung von Sexualwissenschaft] ou encore par le biais d'associations étudiantes. Elle est attachée à faire progresser les savoirs sur la question complexe du genre et sur les enjeux personnels et sociétaux qui l'accompagnent.» (Jérôme Faas, 20 minutes online, 30.04.2022)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass statt des Phänomens der Transfeindlichkeit die Studierendenproteste gegen transfeindliche Inhalte zum Hauptproblem gemacht wurde. Dies erfolgte durch die die konservativen Rahmungen in den Medien der Romandie. Damit rückte auch der Widerspruch zwischen der erklärten Positionierung der UNIGE gegen Transfeindlichkeit und dem eigentlichen Inhalt der Vorträge in den Hintergrund.